

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 22.03.2018	Beginn 17:00 Uhr	Ende 21:05 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf	
Christoforidou, Elissavet	
Hortolani, Frauke Dr.	
Kaufmann, Michaela Dr.	ab 17:29 Uhr - ab TOP A 8
Kick, Hans-Werner	
Kirschner, Thorsten	ab 17:55 Uhr - ab TOP A 8
Philipp, Gerd	
Schier, Klaus Peter	
Tempel, Gabriele	
Weidner, Johnnie	
Flüshöh, Oliver	bis 21:05 Uhr
Happe, Andreas	
Heinemann, Manfred	
Kampschulte, Matthias	
Lenz, Heinz-Jürgen	
Lusebrink, Hans-Otto	
Müller, Michael	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	
Sartor, Christiane	
Thier, Heinz Georg	
Zeilert, Hans-Jürgen	
Beckmann, Philipp J.	bis 21:05 Uhr
Pfeffer, Jörg	
Schwunk, Michael	
Stark, Wolfgang	
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	
Weidenfeld, Uwe	
Bockelmann, Christian Dr.	
Garn, Elke	
Kranz, Jürgen	
Feldmann, Jürgen	
Lubitz, Eleonore	
Huppelsberg, Wulf	
Stutzenberger, Olaf	bis 21:05 Uhr

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Menke, Olaf
Mollenkott, Marion
Rath, Christiane
Riemann, Anja
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas
Tilly, Horst
Tolksdorf, Andreas

Schriftführer/in

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Philipp, Sylvia Dr.
Wapenhans, Detlef
Burbulla, Johanna

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|------|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Bestellung einer Schriftführerin für die Sitzung des Rates am 22.03.2018 | 052/2018 |
| 4 | Gedenken an verstorbene Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder | |
| 5 | Niederschriften zu den Sitzungen vom 28.09.2017 und 30.11.2017 - Kenntnisnahme und Feststellung - | |
| 6 | Entwicklung Schwelm-Center | |
| 7 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 8 | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |
| 9 | Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes hier:
1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
3. Beschluss des Einzelhandelskonzeptes | 017/2018 |
| 10 | Freigabe von Verkaufssonntagen 2018 | 022/2018 |
| 11 | Ausschussumbesetzungen im Liegenschaftsausschuss, Sportausschuss und Kulturausschuss | 001/2018 |
| 12 | Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds für den Schulausschuss | 020/2018 |
| 13 | Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm (GSWS) | |
| 13.1 | Neuausrichtung der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm (GSWS) | 055/2018 |
| 13.2 | Bestellung von Vertretern der Stadt für den Aufsichtsrat der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG | 031/2018 |

14	Zentralisierung der Verwaltung	
14.1	Zentralisierung der Verwaltung / Antrag der FDP-Fraktion	050/2018
14.2	Zentralisierung der Verwaltung - Vorlage der Verwaltung	042/2018
14.3	Zentralisierung der Verwaltung / Antrag der Fraktion DIE LINKE	047/2018
15	Bebauungsplan Nr. 73 "Neues Wohngebiet Brunnen" - 5. Änderung	009/2018/1
	1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB	
	2. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB	
	3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	
16	"Gewerbegebiet Milsper Straße"	
16.1	Bebauungsplan Nr. 105 "Gewerbegebiet Milsper Straße"	015/2018
	1. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	
	2. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB	
17	28. FNP-Änderung (Bereich Milsper Str./Dr.-Moeller-Str.)	016/2018
	1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB)	
	2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB	
	3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB	
18	Abschluss einer öffentlich -rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Witten zur Einführung eines Dokumentenmanagementsystems	029/2018
19	Offene Ganztagschule (OGS)	
19.1	Antrag der SPD zur Erweiterung der OGS	004/2018/1
19.2	Antrag der SPD zur Erweiterung der OGS	004/2018/2

19.3	Erweiterung der Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS) - Personalaufwand und Stellenplan	032/2018
20	Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm	
20.1	Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm/ Vorlage der Verwaltung	030/2018/2
20.2	Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm / Antrag der Fraktionen CDU und SWG/BfS vom 8.3.2018	053/2018
20.3	Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm / Antrag der FDP-Fraktion vom 12.3.18	048/2018
21	Elektronische Fassung Haushaltsplan 2018	007/2018
22	Genehmigung der Fortschreibung 2018 des Haushaltssanierungsplans	013/2018
23	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

Frau Bürgermeisterin Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Ratssitzung und spricht traditionell zunächst allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung am 30.11.2017 Geburtstag hatten, nachträgliche Geburtstagsglückwünsche aus.

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Anschließend eröffnet Frau Grollmann die heutige Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung gibt sie nachstehende Hinweise:

ES WIRD VORGESCHLAGEN, DIESE UM

- TOP 3 mit VL 052/2018 -
- den Vorlagen 042/2018 ; 042/2018/1 n.ö. zu TOP 14 bzw. TOP B 2
- der Vorlage 055/2018 zu TOP 13.1.
- TOP 14.2 mit der Vorlage 047/2018
- TOP 14.3. mit der Vorlage 050/2018
- TOP 20.1. mit Vorlage 030/2018/2 und 030/2018/3 zu TOP B 8
- TOP 20.2. mit der Vorlage 053/2018
- TOP 20.3. mit der Vorlage 048/2018
- Der Vorlage 049/2018 zu TOP B 3

ZU ERWEITERN BZW. ZU ERGÄNZEN

- hier geht es um die einmalige Bestellung einer Schriftführerin für diese Sitzung, um das Thema Zentralisierung, um die vertagte Vorlage des Hauptausschusses vom 8.3.2018 zum Thema Bäderlandschaft, um die Neuausrichtung der GSWS und um eine Änderung des Stellenplans. Die Vorlagen liegen aus bzw. stehen im Ratsinformationssystem
- Absetzung des Tagesordnungspunktes 15.2. –Gewerbegebiet Milsper Strasse – Antrag der FDP Fraktion. Dadurch Wegfall der Vorlage 015/2018/1 – Diese Vorlage wurde vom Hauptausschuss in den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung vertagt.

- Weiter wird vorgeschlagen den Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen und nach den Tagesordnungspunkt 5 zu setzen, da die Herren von MK Immobilien, die ich an dieser Stelle herzlich begrüße, Anschlusstermine haben.

Abstimmung über die Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Bestellung einer Schriftführerin für die Sitzung des Rates am 22.03.2018 052/2018

Beschluss:

Zur einmaligen Schriftführung für die Sitzung des Rates am 22.03.2018 wird Frau Sybille Liebscher bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

4 Gedenken an verstorbene Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder

Frau Grollmann verliest die Namen der im letzten Jahr verstorbenen Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder, soweit von deren Ableben Kenntnis erlangt wurde und leitet eine Schweigeminute ein.

5 Niederschriften zu den Sitzungen vom 28.09.2017 und 30.11.2017 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Frau Grollmann weist darauf hin, dass von den Ratsmitgliedern nach rechtzeitiger Zuleitung der Niederschrift keine Einwände gegen diese vorgetragen worden seien.

Die Niederschriften zur Sitzung vom 28.09.2017 und 30.11.2017 werden zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

6 Entwicklung Schwelm-Center

Herr Disch von der Firma Maximilian Kehl GmbH (MK) stellt das Unternehmen vor. Als familiengeführtes Unternehmen habe die MK Märkte derzeit über 30 Projekte mit 105 Mietern in ihrem Bestandsportfolio. Insgesamt investiere die Gruppe derzeit über 10-15 Mio. an Bauvolumen.

Am 16.11.2017 erwarb die Unternehmensgruppe das Eigentum an den Flächen des „Schwelm-Centers“. Das Ziel der Unternehmensgruppe sei eine nachhaltige

Vermarktung der vakanten Flächen in Verbindung mit guten Revitalisierungsmöglichkeiten. Dabei stehe die Attraktivitätssteigerung der Schwelmer Innenstadt unter Berücksichtigung der Interessen des Einzelhandels im Vordergrund.

Weiter führt Herr Disch aus, dass die Gespräche mit potentiellen Mietern teilweise schon sehr weit fortgeschritten seien, die Namen allerdings im jetzigen Verhandlungsstadium noch nicht veröffentlicht werden können. Herr Disch bietet an, dies zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen.

Das zum Schwelm-Center zugehörige Parkhaus wurde mit einem gekündigten Betreiber-Vertrag zum Jahreswechsel 2017 übernommen, weshalb zunächst nach Abbau der Schrankenanlage durch den seinerzeitigen Betreiber ein kostenloses Parken für 3 Stunden freigegeben wurde. Er gehe davon aus, ab Sommer 2018 einen neuen Betreiber zu finden, so dass wieder eine Schrankenanlage installiert werde.

Der aufgelaufene Investitionsstau hinsichtlich der Parkhaussanierung würde zurzeit konkret angegangen. Über den Stand der Gespräche sei man im ständigen Austausch mit der Verwaltung.

Weiter führt Herr Disch aus, dass die Firma Maximilian Kehl GmbH schon verschiedene Projekte hinsichtlich der Gestaltung von „Ortsmitten“ durchgeführt habe und damit über einen reichhaltigen Erfahrungsschatz verfüge. Dadurch sei man sich als Investor der Verantwortung bewusst, was dieses Projekt für die Stadt Schwelm bedeute.

Abschließend betont Herr Disch nochmals, dass es das Ziel sei, für das Schwelm-Center nachhaltige Lösungen zum Wohle der Innenstadt im Kontext und Kooperation mit dem neuen Rathaus und der Ladenpassage zu finden.

Herr Kranz erkundigte sich, ob denn auch – wie bei den Vorgängern – die Einrichtung einer großflächigen Gastronomie geplant sei. Herr Disch erwidert, dass dies nicht im Fokus stehe, vielmehr strebe man hier einen gemeinsamen Konsens mit der Stadt Schwelm auch hinsichtlich der Synergien mit dem Rathausneubau an.

Herr Weidenfeld fragt an, ob denn der Zuschnitt der Parkbuchten im Parkhaus und die Verkehrsführung beibehalten werde. Herr Disch antwortet, dass es hier Überlegungen gebe, die Parkbuchten auch „SUV-tauglich“ zu gestalten. Man sei sich dessen bewusst, dass eine Neuausrichtung der Parkplätze die Anzahl vermindern würde. Eine Veränderung der Verkehrsführung (Zufahrt/ Ausfahrt Parkhaus) sei zunächst nicht geplant, würde aber in weitere Überlegungen mit einbezogen.

Frau Lubitz erkundigt sich, ob die vorhandene Toilettenanlage weiterbetrieben werde. Herr Schweinsberg führt aus, dass das Unternehmen Maximilian Kehl GmbH zunächst eine Konkretisierung plane und erst danach feststehe, wie sich die bauliche Situation weiter entwickle.

Herr Feldmann plädiert für die Wiedereinrichtung einer Toilettenanlage. Dies hinge, so Herr Disch, vom Betreiberkonzept ab und kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend garantiert werden.

Die Frage nach der Zeitschiene, gestellt durch Herrn Gießwein, beantwortet Herr Disch in der Form, dass diese von den abgeschlossenen Mietverträgen abhängen und mit diversen Genehmigungen einzelner Vorhaben (z.B. Brandschutz) verbunden seien. Erste Umsetzungen werden für das 1./2. Quartal 2019 angestrebt.

Frau Grollmann bedankt sich für die Beantwortung der Fragen und verabschiedet die Herren der Maximilian Kehl GmbH.

7 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Herr Schröder (Verein für Heimatkunde) erkundigt sich, ob es richtig sei, dass die komplette Unterbringung des Stadtarchives in der ehemaligen Schule Linderhausen geplant sei und ergänzt seine Frage mit dem Hinweis, dass dies den Interessen des Vereins für Heimatkunde widersprechen würde.

Des Weiteren fragt er, zu welchen Kosten die komplette Unterbringung des Archives im Haus Martfeld realisiert werden könnte.

Frau Grollmann bestätigt, dass die komplette Unterbringung des Langzeit- und Teile des Zwischenarchivs in den Gebäuden der ehemaligen Schule Linderhausen geplant sei. Die Mitarbeiter des Archives werden zentral verortet und der Service für den Verein für Heimatkunde bleibe erhalten.

Sie verweist hier auch auf die Experteneinschätzungen, die eine dringende Verlagerung des Langzeitarchivs aus den derzeitigen Räumen des Hauses Martfeld aufgrund der bestehenden Feuchtigkeit empfohlen haben. Die im ersten Obergeschoss befindliche historische Bibliothek sei davon nicht betroffen und werde weiter in den Räumlichkeiten des Hauses Martfeld untergebracht.

8 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Frau Grollmann stellt ihre aktuellen Tätigkeiten nach § 16 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes vor. Sie führt weiter aus, dass die Aufstellung auch dauerhaft im Internet einsehbar sei. Hinsichtlich der Auskünfte über ihre Nebentätigkeiten verweist Frau Grollmann auf ihre Ausführungen unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt TOP B 1 Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

9 Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 017/2018 hier:

- 1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit**
- 2. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**
- 3. Beschluss des Einzelhandelskonzeptes**

Herr Kranz erklärt, dass die Aktivierung des Zassenhausgeländes als Gewerbefläche für ihn im Widerspruch zu der Aktivierung kleinflächiger Gewerbeflächen stehe. Weiter gibt er zu Protokoll, dass die Zustimmung seiner Fraktion zum Einzelhandelskonzept nicht automatisch die zukünftige Zustimmung zu jeder B-Plan Änderung des „Zassenhausgeländes“ bedeute.

Herr Flühshöh stellt heraus, dass im Gegensatz zu den übrigen Flächen sich das Zassenhausgelände in privater Hand befinde und eine Entwicklung einzelner

gewerblicher Standorte zwingend notwendig sei.

Er begrüße, dass hier zum einen eine rechtlich tragbare Lösung gefunden worden sei, die auf der anderen Seite aber auch die Innenstadt schütze.

Aus diesem Grund trage seine Fraktion das Einzelhandelskonzept aus Überzeugung mit.

Herr Feldmann appelliert an den Stadtrat in Bezug auf das Zassenhausgelände längerfristig zu denken und eher eine Verpachtung als einen Verkauf in Erwägung zu ziehen um auch für die Zukunft eine Planungssicherheit erzielen zu können.

Herr Schwunk stellt heraus, dass mit diesem Einzelhandelskonzept eine Rechtssicherheit für die Einzelhändler erzielt werde, die für seine Fraktion ausschlaggebend sei und damit auf Zustimmung stoße.

Herr Philipp weist darauf hin, dass unter den vielen Vorbesitzern die Ansiedlung von Gewerbe auf dem Zassenhausgelände immer wieder gescheitert sei.

Herr Weidenfeld stellt heraus, dass für ihn die Kundenbindung den Kern seiner Position zum Einzelhandelskonzept darstelle.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten „Auswertung der Anregungen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung“ (Anlage 2) vorgeschlagen, abgewogen.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten „Auswertung der Anregungen im Rahmen der Behördenbeteiligung“ (Anlage 3) vorgeschlagen, abgewogen.
3. Die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Schwelm wird in der Fassung vom Januar 2018 als städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Feldmann war während der Abstimmung nicht anwesend.

10 Freigabe von Verkaufssonntagen 2018

022/2018

Beschluss:

Die anliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ wird beschlossen

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	2

Herr Feldmann war während der Abstimmung nicht anwesend.

**11 Ausschussumbesetzungen im
Liegenchaftsausschuss, Sportausschuss und
Kulturausschuss**

001/2018

Beschlussvorschlag:

Die nachstehend aufgeführten Änderungen von Ausschussbesetzungen werden beschlossen:

	bisher	neu	Funktion
Liegenchafts- ausschuss	Mike Dilly	Roland Zimmer	FDP 2. stv. MG
Sportausschuss	Bernd Leupold	Detlef Ramm	FDP 1. stv. MG
Kulturausschuss	Josef Thadathil	Klaus Meckel	FDP 2. stv. MG
	Martin Schwamborn	Michael Lindermann	beratendes Mitglied für den Verschönerungsverein

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

NB: Bürgermeisterin

Herr Weidenfeld war während der Abstimmung nicht anwesend.

**12 Wahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds
für den Schulausschuss**

020/2018

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführte Ausschussumbesetzung des Schulausschusses wird beschlossen:

	bisher	neu	Funktion
Schulausschuss	Regine Huckenbeck	Erich Wilberg	stellvertretendes beratendes Mitglied der Ev. Kirche

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

NB: Bürgermeisterin

Herr Weidenfeld war während der Abstimmung nicht anwesend.

13 Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm (GSWS)

13.1 Neuausrichtung der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm (GSWS) 055/2018

Frau Bürgermeisterin Grollmann stellt in einer Präsentation den bisherigen Sachstand dar und gibt einen Ausblick auf die zukünftige mögliche Neuausrichtung der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung GmbH & Co. KG (GSWS). Die Präsentation ist als Anlage 1 zur Vorlage 055/2018 beigefügt.

Herr Kranz geht auf vormalige Berichte über die Wirtschaftsförderung ein, in denen jedes Mal nur aufgeführt gewesen sei, dass Unternehmen besucht werden.

Hinsichtlich der Einrichtung als Stabstelle möchte er die Defizite der Vergangenheit benannt bekommen und fragt konkret nach den Aufgaben dieser Stelle. Eine Vollzeitstelle sehe er in Bezug auf die Größe der Stadt Schwelm nicht.

Herr Kick begrüßt ausdrücklich den vorliegenden Vorschlag hinsichtlich der Neuausrichtung der GSWS und der Einrichtung der Stabstelle „Wirtschaftsförderung“. Es habe sich in der Vergangenheit gezeigt, dass das Modell der selbsttragenden Finanzierung auf Dauer nicht funktioniere.

Herr Schwunk teilt mit, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, sofern eine Ergänzung des Beschlusses um Anlage 1 und 2 (Stadtmarketing/ Wirtschaftsförderung) erfolge. Die Ergänzung wird einvernehmlich mit dem Wortlaut *„Die Anlage 1 und 2 (Stadtmarketing / Wirtschaftsförderung) werden Bestandteil dieses Beschlusses“* als Punkt 5 des Beschlussvorschlages aufgenommen (*Diese beiden Anlagen 1 und 2 sind dem Protokoll als Anlagen beigefügt.*).

Herr Gießwein begrüßt die Rückkehr der Wirtschaftsförderung zur Stadt, schätzt aber den Stellenumfang einer ganzen Vollzeitstelle als zu hoch ein. Nach seiner Einschätzung wäre eine halbe Stelle auskömmlich. Zudem nehme die GSWS jetzt weniger Aufgaben mit mehr Personal wahr. Gleichzeitig betont er, dass die GSWS eine freiwillige Leistung und es wünschenswert sei, auch in anderen Bereichen freiwillige Leistungen wieder zuzulassen (Beispiel – in der Jugendarbeit). Sein Wunsch wäre die Gesellschaftsform eines Vereins gewesen. So wie es sich jetzt für ihn darstelle, sei die GSWS wieder ein „Closed Job“ für einzelne festgelegte Mitglieder. Er werde dem Vorschlag nicht zustimmen, da er die personelle und materielle Ausweitung für zu hoch halte. Er hoffe aber auf die Evaluation in 2021.

Herr Flüshöh möchte eine Wirtschaftsförderung, die die Stadt nach vorne bringe und einen Mehrwert für die Unternehmen habe. Die Ansiedlung von Industrie stehe hier deutlich im Fokus und sollte nicht mit Aspekten des Stadtmarketings vermischt werden. Darüber hinaus sei es schwierig, geeignete Kandidaten für eine halbe Stelle zu finden, weshalb er die Erhöhung auf 1,0 Stelle als gerechtfertigt sehe. Die GSWS sei mit der Herausnahme der Wirtschaftsförderung komplett neu aufgestellt und könne sich ausschließlich auf das Stadtmarketing konzentrieren. Mit der Aufrechterhaltung der finanziellen Mittel werden Freiräume für neue Ideen geschaffen, die auch eine gewisse Anschubfinanzierung benötigen. Die jetzige Gesellschaftsform der GmbH & Co. KG gebe auch dafür den entsprechenden Halt, den die Gesellschaftsform des Vereins mit seiner durchgreifenden direkten Haftung auf das Privatvermögen der Vorstandsmitglieder nicht biete.

Herr Schweinsberg beantwortet die vorherigen Wortbeiträge, dass je kleiner die Flächen für die Ansiedlung von Gewerbe seien, desto größer die Aufgabe werde, mit Flächen zu jonglieren, die man nicht habe. Im Moment nehme die Stadt Schwelm, insbesondere der Fachbereich 6 diese Aufgabe wahr und brauche dringend eine direkte Verbindung zu den Unternehmen in Form eines persönlichen Ansprechpartners. Weiter merkt er an, dass dies keine zusätzliche freiwillige Leistung sei, da der Zuschussbetrag für die nächsten drei Jahre im Haushalt stehe. Im Übrigen sei die Personalkapazität mit der neuen Aufstellung der GSWS reduziert worden.

Frau Grollmann führt an dieser Stelle weiter aus, dass die Pflege der Kontakte zu den Unternehmen im Vordergrund stehe, um keine engagierten Unternehmen zu verlieren. Dies wird auch von Frau Sartor unterstrichen.

Frau Lubitz beantragt die getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte. Dem Antrag wird einmütig gefolgt.

Geänderter Beschluss:

1. Die Wirtschaftsförderung wird als Stabsstelle (angesiedelt bei der Bürgermeisterin) in die Stadtverwaltung zurückgeführt. Die Eingruppierung soll vorbehaltlich der auf Grundlage einer aktualisierten Arbeitsplatzbeschreibung durchzuführenden Stellenbewertung nach dem TVÖD bis Entgeltgruppe 11 erfolgen.
2. Die Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung (GSWS) bleibt in ihrer bisherigen Gesellschaftsstruktur bestehen und erhält über das Jahr 2018 hinaus jährlich einen städtischen Zuschuss in Höhe von 85.000 bis 90.000 €.
3. Im Jahr 2021 erfolgt eine Evaluation.
4. Die Beschlüsse zu 1. und 2. sind im Haushalt 2019 abzubilden.
5. *Die Anlage 1 und 2 (Stadtmarketing / Wirtschaftsförderung) werden Bestandteil dieses Beschlusses.*

Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

NB: Dr. Bockelmann

Abstimmung über Punkt 2 des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

NB: Dr. Bockelmann

Abstimmung über Punkt 3 des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	1

NB: Dr. Bockelmann

Abstimmung über Punkt 4 des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

NB: Dr. Bockelmann

Abstimmung über Punkt 5 des Beschlussvorschlags:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

NB: Dr. Bockelmann

13.2 Bestellung von Vertretern der Stadt für den Aufsichtsrat der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG 031/2018

Beschluss:

Die persönliche Stellvertretung der Bürgermeisterin im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co. KG durch Herrn Wilfried Guthier wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

NB: Dr. Bockelmann

14 Zentralisierung der Verwaltung

Frau Grollmann ruft den Themenkomplex „Zentralisierung der Verwaltung“ mit den Unterpunkten 14.1 bis 14.03 auf und gibt einen kurzen Überblick über den Stand der Angelegenheit (*Der vollständige Wortbeitrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.*)

Nach den einleitenden Worten der Bürgermeisterin beantragt Herr Feldmann die Erstbehandlung des Tagesordnungspunktes 14.3., da nach dessen Entscheidung sich die übrigen Anträge gegebenenfalls erledigt haben. Dem Vorgehen wird einvernehmlich zugestimmt.

Herr Schwunk übernimmt das Wort und führt zum Antrag der FDP-Fraktion aus, dass es für ihn und seine Fraktion in der Vorlage der Verwaltung noch zu viele ungeklärte Punkte gebe, wie zum Beispiel die Verwendung des Patrizierhauses und des Kesselhauses. Weiter führt er aus, dass die derzeitige Vorlage für ihn keine Zentralisierung aller städtischen Dienststellen darstelle. Ein weiterer für ihn ungeklärter Punkt sei die Parkplatzsituation und man könne insgesamt keine ausgereifte Planung aus dem Hinterzimmer erwarten. Abschließend hebt er hervor, dass seine Fraktion die Realisierung konstruktiv begleiten werde.

In direkter Beantwortung des Wortbeitrages des Herrn Schwunk betont Herr Schweinsberg, dass es falsch sei, zu behaupten, dass eine Abbildung des neuen Rathauses auf dem Gelände der Brauerei nicht möglich sei.

Frau Grollmann ergänzt, dass keineswegs Planungen im Hinterzimmer stattgefunden haben, sondern ordentlich mit jeglichem Sachverstand unter Hinzuziehung des Projektsteuerers der Firma Assmann und der Kanzlei Baumeister und Partner gearbeitet worden sei.

Herr Gießwein führt aus, dass der Arbeitskreis Zentralisierung auch zum „lauten Nachdenken“ eingerichtet worden sei und es zulässig sein müsse, Beratungen unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit durchführen zu können. Der Kulturbereich gehöre nicht zum ursprünglichen Kern der Überlegungen zur Zentralisierung. Des Weiteren kündige er an, dass im Zuge der zukünftigen Überlegungen zur Verkehrsplanung die Tiefgarage mit bedacht werden müsse. Die Fraktion B'90/Die Grünen werde zu gegebener Zeit einen Antrag stellen, die Bürgerschaft in Form von Planungszellen zu beteiligen. Der Antrag der FDP finde nicht seine Zustimmung und die seiner Fraktion.

Herr Flüshoh verweist auf die seinerzeitige Aussage der Verwaltung, dass das Rathaus auf das Brauereigelände passe, es aber sehr groß und kompakt werde. Nach dieser Aussage habe sich die Politik gemeinsam mit der Verwaltung beraten, den Baukörper etwas „lockerer“ zu gestalten, woraus dann das vorgestellte Modell entstanden sei. Auch wirft er die Frage der Notwendigkeit einer Tiefgarage auf, deren Bau 2,4 Mio. Euro mehr koste als Parkplätze. Hier solle man die Verkehrsplanungen abwarten, um dann abschließend diskutieren zu können. In Bezug auf die Unterbringung des Archivs führt er aus, dass zunächst Bestandsgebäude der Stadt Schwelm wie z.B. der Standort Linderhausen genutzt werden müssen. Diese Überlegungen werden auch durch Gutachten der Firma Assmann hinsichtlich Flächen und Statik bestätigt. Auch die Verwendung der Villa XtraDry als neues Kulturzentrum sei erst über die Diskussion über die Lärmschutzmaßnahmen im

Rathausneubau ins Gespräch gekommen. Auch hier habe die Firma Assmann grundlegend geprüft und abgewogen.

Unter den Voraussetzungen seien pragmatische Sichtweisen gefordert. Hinsichtlich des Kesselhauses solle man für unterschiedlichste Lösungen offen sein.

Wichtig sei jedoch, zum jetzigen Zeitpunkt alles Schritt für Schritt abzuarbeiten. Und wenn auch nicht die Zentralisierung im ursprünglichen Sinne entstehe, so sei doch die vorgestellte Variante unter der Abwägung aller Aspekte die einzig sinnvolle.

Selbstverständlich werde die Öffentlichkeit Schritt für Schritt zum Beispiel über die permanente Information auf der städtischen Homepage eingebunden.

Herr Kick stellt heraus, dass sich erst durch das Bürgerbegehren und den Erwerb des Geländes der Brauerei die Option ergeben habe, das Rathaus doch im Zentrum der Stadt zu errichten. Es habe intensive Planungen unter den vorgegebenen finanziellen Bedingungen und den Vorgaben des Bauvolumens stattgefunden. Weiter weist er darauf hin, dass die ursprüngliche Planung lediglich die Zentralisierung der drei Verwaltungsgebäude ohne Volkshochschule und Musikschule zum Inhalt gehabt habe. Die Thematik der Tiefgarage solle seiner Meinung nach erst nach der Auswahl des Generalplaners entschieden werden. Im Bezug auf die Verwendung des Kesselhauses sehe er durchaus ein mögliches paralleles Herangehen zu anderen Projekten. Eine Vertagung der Vorlage 042/2018 der Verwaltung – wie von der FDP gefordert – mache bei einem Preisindex von 4% die stattliche Summe von 1,2 Mio Euro aus.

Herr Kranz unterstreicht, dass die Parkplatzsituation so eintrete wie befürchtet, zumal durch die Errichtung des Kulturzentrums am Standort der Villa XtraDry noch weitere Parkplätze vernichtet werden. Er sehe auch das Problem, dass man keinen rechtskräftigen Bebauungsplan (B-Plan) zu dem beabsichtigten Bauvorhaben mehr habe. Auch macht er darauf aufmerksam, dass mehrere Gebäude auch höhere Betriebskosten verursachen. Im Übrigen gebe es die Problematik der Baumaßnahmen in Bezug auf den Lärmschutz auch an anderer Stelle.

Herr Feldmann nimmt zunächst eine historische Betrachtung der Beschlusslage vor und stellt fest, dass die Argumente, die seinerzeit gegen den Standort Moltkestrasse/Schillerstrasse gesprochen haben, heute nicht mehr gelten, obwohl die Situation mit dem Standort auf dem Brauereigelände durchaus vergleichbar sei. Weiter stellt Herr Feldmann auf eine vollständige Transparenz der Ratssitzungen gegenüber der Öffentlichkeit ab, was nach seinem Dafürhalten auch den Arbeitskreis Zentralisierung betreffe.

Dr. Bockelmann versteht die Planungen als eine Zentralisierung mit Dezentralisierung. Er bezweifle, dass die Behebung des Lärmschutzproblems in der Villa XtraDry kostengünstiger sei, als auf dem Brauereigelände.

Herr Schwunk stellt in Frage, dass die Öffentlichkeit nach den Planungen wirklich eingebunden gewesen sei. Weiter erklärt er, dass durch die Dezentralisierung auf drei Gebäude lediglich eine Klage gegen den B-Plan verhindert werden solle.

Seiner Meinung nach fallen mit der Durchsetzung des Bauvorhabens Parkplätze auf dem Wilhelmsplatz weg. Damit sehe er das Heimatfest gefährdet.

Weiter fehle ihm in der Planung die Berechnung der Betriebskosten und die Berechnung bzw. Ausweisung der Personalkosten, die nach seiner Auffassung mit der Zentralisierung sinken müssen. Er sehe deutlich die Gefahr der Erhöhung der Grundsteuer B. Herr Schwunk sagt nochmals zu, dass sich die FDP-Fraktion im weiteren Prozess konstruktiv einbringen werde.

Herr Weidenfeld widerspricht Herrn Schwunk dahingehend, dass es nicht richtig sei, zu behaupten, dass das Bauvorhaben nicht im B-Plan dargestellt werden könne. Man solle vielmehr die Dinge am jetzigen Standort rein sachlich sehen. Im Übrigen ist er der Meinung, dass sich Lärmschutz auch durch Raumaufteilung lösen lassen könne. Die Parkplätze seien erst Bestandteil des Baugenehmigungsverfahrens und es bleibe die Entwicklung der neuen Stellplatzsatzung entsprechend der neuen Bauordnung abzuwarten. Sollte das Gebäude notwendigerweise unterkellert werden müssen, reduzieren sich die Kosten für eine Tiefgarage erheblich. Die jetzige Planung orientiere sich sehr stark an den Planungen des allerersten Investors.

Herr Flühöh betont, dass an dieser Stelle konstruktive Mitarbeit gefordert sei und das stetige Aufheben von Beschlüssen nicht weiter bringe. Vielmehr sei hier eine Konzentration auf die sachlichen Dinge gefordert. Weiter betont er, dass ein Austausch auch an anderen Stellen möglich sein müsse, ohne gleich die Öffentlichkeit mit einzubeziehen.

Herr Kirschner warnt bezugnehmend auf die Ausführungen des Herrn Schwunk vor einer übertriebenen und unnötigen Schwarzmalerei. Das bewusste Schüren von Ängsten unter der Bevölkerung könne hier nicht der richtige Weg sein. Das Heimatfest sei in keinster Weise gefährdet und werde wie bisher auch in vollem Umfang stattfinden.

Herr Feldmann warnt vor einem „Waterloo“ im Hinblick auf das Kesselhaus. Er glaube, dass für dieses kein Investor gefunden werden könne.

Frau Dr. Hortolani fragt nach der Berechnungsmethode der Bruttogeschossfläche. Die Verwaltung sichert zu, die Berechnung der Niederschrift beizufügen (*Die Übersicht ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.*).

Frau Sartor betont abschließend, dass das Heimatfest weiter Bestand haben werde und die Bürgerinnen und Bürger von Schwelm sich dessen sicher sein können.

14.1 Zentralisierung der Verwaltung / Antrag der FDP-Fraktion

050/2018

Siehe Ausführungen zu TOP A 14!

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage 042/2018 wird zur weiteren Beratung in die nächste öffentliche Sitzung des Liegenschafts-, Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung und Finanzausschuss verwiesen

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	28
	Enthaltungen:	

Siehe Ausführungen zu TOP A 14!

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Umsetzung folgender Maßnahmen:
 - a.) Auf dem Grundstück „Alte Brauerei“ wird für die Zusammenführung der Verwaltungsstandorte gemäß des Flächen- und Raumprogramms (Stand Februar 2018) ein Neubau mit einer Gesamtfläche von rd. 11.210 qm Bruttogrundfläche (BGF) errichtet.
 - b.) Im ehemaligen Schulgebäude Linderhausen werden für die Unterbringung des Zentralarchivs (rd. 875 qm BGF) die notwendigen baulichen Maßnahmen umgesetzt.
 - c.) Auf dem Grundstück Römerstraße 10 / Wilhelmsplatz wird für die Unterbringung der städtischen Musikschule, der Stadtbücherei sowie der Volkshochschule ein Neubau mit einer Gesamtfläche von rd. 2.430 qm BGF errichtet.
2. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, nach Vorgabe des Arbeitskreises Zentralisierung – analog dem Auswahlverfahren „Projektsteuerer – unter Hinzuziehung der Kanzlei Baumeister und Partner sowie dem Projektsteuerer Assmann als Geschäft der laufenden Verwaltung in Bindung an den Beschluss dieses Gremiums das Vergabeverfahren „Generalplanungsbüro“ durchzuführen und das Generalplanungsbüro auszuwählen.
3. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, die Bestandsgebäude „Altes Kesselhaus“ und „Patrizierhaus“ attraktiv und nachhaltig zu entwickeln. Bei der Entwicklung des „Alten Kesselhauses“ ist weiterhin das Ziel zu verfolgen, im Erdgeschoss einen Gastronomiebetrieb anzusiedeln. Der Arbeitskreis Zentralisierung ist bei der Entwicklung für die beiden Bestandsgebäude eng einzubinden.
4. Die finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorschläge 1-4 sind im Etat 2019 ff abzubilden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	28
	dagegen:	8
	Enthaltungen:	

**14.3 Zentralisierung der Verwaltung / Antrag der Fraktion 047/2018
DIE LINKE**

Siehe Ausführungen zu TOP A 14!

Beschluss:

Die Sitzungen des Arbeitskreises Zentralisierung bestehen zukünftig aus einem öffentlichen und einem nichtöffentlichen Teil.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	10
	dagegen:	17
	Enthaltungen:	9

**15 Bebauungsplan Nr. 73 "Neues Wohngebiet Brunnen" 009/2018/1
- 5. Änderung**

1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB

2. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB

3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB keine Anregungen bei der Verwaltung eingegangen sind.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB keine abwägungsrelevanten Anregungen bei der Verwaltung eingegangen sind (Anlage 1, Abwägungstabelle gem. § 4 Abs. 2 BauGB)
3. Gem. § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2016 (GV.NRW S. 1162) wird die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 „Neues Wohngebiet Brunnen“ der Stadt Schwelm (Anlage 2) einschließlich der dazugehörigen Begründung (Anlage 3) und des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages (§§ 44 und 45 des Bundesnaturschutzgesetzes) (Anlage 4) als Satzung beschlossen.
Aufgrund des angewandten beschleunigten Verfahrens gem. § 13 a BauGB wurde von der Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB, vom Umweltbericht gem. §

21 BauGB, der Angabe gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 (4) BauGB abgesehen; § 4c BauGB fand keine Anwendung.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 6, Flurstücke 154 tlw., 172-175, 177, 178, 185, 197-200, 202, 203 tlw., 204 tlw., 205, 206 tlw.. Den genauen Geltungsbereich setzt die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 „Neues Wohngebiet Brunnen“ fest (§ 9 Abs. 7 BauGB, Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

16 "Gewerbegebiet Milsper Straße"

16.1 Bebauungsplan Nr. 105 "Gewerbegebiet Milsper Straße" 015/2018

1. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

2. Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Die Verwaltung erklärt, dass eine Überplanung des Sportplatzes nicht Gegenstand des Aufstellungsbeschlusses bzw. der vorliegenden Vorlage sei.

Abstimmungsergebnis AUS:	einstimmig
--------------------------	------------

Beschluss:

1.

Das von der Verwaltung vorgeschlagene Darlegungskonzept zum Bebauungsplan Nr. 105 „Gewerbegebiet Milsper Str.“ wird angenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Darlegungskonzept die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) durchzuführen.

Das Darlegungskonzept ist für die Dauer von 2 Wochen im Verwaltungsgebäude II, Moltkestraße 24, Fachbereich 6 Planen und Bauen, 1. Etage, öffentlich auszulegen. Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

2.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des Darlegungskonzeptes zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit die frühzeitige Beteiligung der Behörden u. der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

17 28. FNP-Änderung (Bereich Milsper Str./Dr.-Moeller-Str.) 016/2018

- 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB)**
- 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**
- 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), wird die Aufstellung der 28. FNP-Änderung (Bereich Milsper Straße/Dr.-Moeller-Straße) beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

Herr Rüttershoff war während der Abstimmung nicht anwesend.

18 Abschluss einer öffentlich -rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Witten zur Einführung eines Dokumentenmanagementsystems 029/2018

Beschluss:

Der Rat ermächtigt die Verwaltung mit der Stadt Witten eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen, die Unterstützungsleistungen bei der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) und der elektronischen Akte (eAkte) regelt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

Herr Rüttershoff und Herr Feldmann waren während der Abstimmung nicht anwesend.

19 Offene Ganztagschule (OGS)

19.1 Antrag der SPD zur Erweiterung der OGS 004/2018/1

Siehe Protokollierung zu TOP A 19.2!

19.2 Antrag der SPD zur Erweiterung der OGS 004/2018/2

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass die Vorlage 004/2018/2 die Vorlage 004/2018/1 ersetzt und nicht nur ergänzt. Die zweite Ergänzungsvorlage beinhaltet den letzten Beratungsstand aus sämtlichen Vorberatungen. Es ist lediglich über sie Beschluss zu fassen.

Beschluss:

1. Die OGS-Einrichtungen sollen durch je eine zusätzliche Gruppe an den Grundschulen Nordstadt, Engelbertstraße und St. Marien erweitert werden.
2. Auf Basis der Entscheidung zu 1 soll für die Etatberatungen 2019 ff. ein Konzept für alle Schwelmer Grundschulen entwickelt werden.
3. Das Aufnahmeverfahren wird entsprechend der Vorlage zunächst nur für das Schuljahr 2018/19 durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Feldmann war während der Abstimmung nicht anwesend.

19.3 Erweiterung der Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS) - Personalaufwand und Stellenplan 032/2018

Frau Riemann führt aus, dass keine weiteren zusätzlichen Stellenbedarfe und damit verbundene Personalkosten außer denen im pädagogischen Bereich entstehen.

Beschluss:

Die Änderung des Stellenplans wird beschlossen. Die Anzahl der Stellen erhöht sich von 267,9 auf 270,2. Die Stellen werden zunächst für ein Jahr eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Feldmann war während der Abstimmung nicht anwesend.

20 Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm

Frau Grollmann ruft den Themenkomplex „Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm“ auf.

Herr Gießwein stellt nachstehenden neuen Beschlussvorschlag vor, der von einem Großteil der Fraktionen kurzfristig erarbeitet worden sei.

1. *Am Standort des heutigen Freibades wird eine Bäderlösung für ganzjähriges Schwimmen (Sport- und Schulschwimmen, Gesundheits- und Freizeitschwimmen) entwickelt.*
2. *Das Gutachten gem. Angebot der „Deutschen Gesellschaft für das Badewesen“ sowie das hydrogeologische Gutachten werden beauftragt. Die zu untersuchende Fläche wird noch festgelegt.*
3. *Die weiteren Planungen und Diskussionen für ein Konzept ganzjährigen Schwimmens auf dem gegenwärtigen Freibadgelände werden unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortgesetzt.*
4. *Der Umsetzungszeitraum der Neubaumaßnahme wird unter Einbeziehung evtl. Fördermittel und unter Beachtung der städtischen Finanzkraft festgelegt.*
5. *Die Bau- und Bewirtschaftungskosten sollten ohne die Anhebung von Steuern ermöglicht werden*
6. *Um bis zur Fertigstellung der neuen Bäderlösung weiterhin ganzjähriges Schwimmen in Schwelm zu ermöglichen, werden die hierfür notwendigen Maßnahmen im Hallenbad durchgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt diese der Politik im nächsten Sitzungszug darzulegen.*

Herr Stutzenberger zieht daraufhin den Antrag der Fraktion DIE BÜRGER vom 17.01.2018 zurück.

Für Herrn Kranz kommt der Vorschlag des Herrn Gießwein zu kurzfristig. Er werde diesem daher nicht zustimmen. Weiter führt Herr Kranz aus, dass er einige Zweifel an den Eckwerten des Gutachtens erhebe. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass sich die Besucherzahlen bei einem Ganzjahresbad verdoppeln. Ebenso weist er daraufhin, dass jeder Gutachter die Kosten für die Sanierung schon aus reiner Vorsicht höher ansetze. Hier sollten die Sanierungskosten im Sinne der Risikoabwägung anders bzw. neu bewertet werden.

Herr Schwunk zieht den Antrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2018 zurück und bittet, den von Herrn Gießwein vorgetragenen Beschlussvorschlag unter Punkt 1 hinter dem Wort „Bäderlösung“ um die Worte „mit einem Außenschwimmbereich“ zu ergänzen. Diese Bitte wird einvernehmlich gefolgt.

Herr Flüshöh sieht in diesem nun vorliegenden Beschlussvorschlag einen klassischen Kompromiss in der politischen Arbeit, da sich jede Fraktion, die an dem Beschluss mitgearbeitet habe, sich darin wiederfinde. Folgerichtig zieht er daraufhin den mündlich vorgetragenen Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2018 zurück.

Daraufhin erweitert Herr Kranz den mündlichen Antrag vom 08.03.2018 der Fraktion SWG/BfS „*Das Freibad ist ebenfalls zu sanieren, so dass das Hallenbad und Freibad saniert werden.*“ um die Sanierung des Hallenbades.

Herr Stutzenberger erkundigt sich, ob die politische Diskussionen nun wieder neu entwickle. Er möchte ungern bei „Null“ anfangen. Herr Flühöh entgegnet, dass er davon ausgehe, dass in etwa beim jetzigen Entwicklungsstand fortgefahren werde.

Herr Feldmann sieht keine drohende erneute Diskussion, da die Variante eines Ganzjahresbades priorisiert sei.

Es folgt die Abstimmung über den von Herrn Gießwein vorgetragenen Beschlussvorschlag mit der von Herrn Schwunk erbetenen Ergänzung.

Geänderter Beschluss:

1. *Am Standort des heutigen Freibades wird eine Bäderlösung mit einem Außenschwimmbereich für ganzjähriges Schwimmen (Sport- und Schulschwimmen, Gesundheits- und Freizeitschwimmen) entwickelt.*
2. *Das Gutachten gem. Angebot der „Deutschen Gesellschaft für das Badewesen“ sowie das hydrogeologische Gutachten werden beauftragt. Die zu untersuchende Fläche wird noch festgelegt.*
3. *Die weiteren Planungen und Diskussionen für ein Konzept ganzjährigen Schwimmens auf dem gegenwärtigen Freibadgelände werden unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortgesetzt.*
4. *Der Umsetzungszeitraum der Neubaumaßnahme wird unter Einbeziehung evtl. Fördermittel und unter Beachtung der städtischen Finanzkraft festgelegt.*
5. *Die Bau- und Bewirtschaftungskosten sollten ohne die Anhebung von Steuern ermöglicht werden*
6. *Um bis zur Fertigstellung der neuen Bäderlösung weiterhin ganzjähriges Schwimmen in Schwelm zu ermöglichen, werden die hierfür notwendigen Maßnahmen im Hallenbad durchgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt diese der Politik im nächsten Sitzungszug darzulegen.*

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	1

20.1 Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm/ Vorlage der Verwaltung 030/2018/2

Siehe Ausführungen zu TOP A 20!

Geänderter Beschluss:

- 1.) Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, die Deutsche Gesellschaft für das Badewesen GmbH mit der Prüfung einer ganzheitlichen Bäderlösung am Standort des Freibades an der Schwelmestraße zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	33
	dafür	2
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

20.2 Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm / Antrag der Fraktionen CDU und SWG/BfS vom 8.3.2018 053/2018

Siehe Ausführungen zu TOP A 20!

Geänderter Beschluss:

Mündlicher Antrag der SWG/BfS – Dr. Bockelmann
Das Freibad *und* das Hallenbad ist ebenfalls zu sanieren, so dass das Hallenbad und Freibad saniert werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	31
	Enthaltungen:	2

20.3 Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm / Antrag der FDP-Fraktion vom 12.3.18 048/2018

Siehe Ausführungen zu TOP A 20!

21 Elektronische Fassung Haushaltsplan 2018 007/2018

Kenntnis genommen

22 Genehmigung der Fortschreibung 2018 des Haushaltssanierungsplans 013/2018

Kenntnis genommen

23 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Herr Feldmann erkundigt sich, wie sich zukünftig die Frage der Gleichstellungsbeauftragten bei der Stadt Schwelm entwickeln werde. Die Verwaltung führt aus, dass derzeit ein internes Ausschreibungsverfahren laufen würde.

Frau Lubitz möchte daraufhin wissen, welcher Stundenumfang für die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten vorgesehen sei. Frau Riemann erläutert, dass eine halbe Stelle – also maximal 20,5 Stunden – als Umfang in Planung stehe. Dies werde durch die Abkopplung des Gesundheitsmanagements möglich.

Die Verwaltung sagt als Anlage zum Protokoll eine Erläuterung zu, warum die kombinierte Lösung Gleichstellung/ Gesundheitsmanagement zukünftig nicht mehr verfolgt werde.

Antwort der Verwaltung:

Eine umfassende Darstellung erfolgt im Hauptausschuss am 14.6.2018.

Herr Feldmann erklärte, dass er den Stundenumfang als nicht auskömmlich ansehe.

Herr Kranz erkundigte sich, ob der Verursacher der Beschädigung der Ampelanlage an der Carl-vom-Hagen-Straße ausfindig gemacht werden konnte und welche Maßnahmen der Sicherung der Lichtsignalanlage ergriffen worden seien.

Herr Rüth als Fachbereichsleiter des Fachbereichs Bürgerservice kann zum laufenden Sachverhalt keine Auskunft geben und verweist zuständigkeitshalber an die Behörde Straßen NRW.

Herr Philipp äußert sich zum erfolgten Winterdienst, dass in der vergangenen Periode ein exzessives Streuen der Gehwege bemerkt worden sei. Er behalte sich eine weitere Einschätzung nach der nächsten Winterperiode vor.

Frau Garn fragt, ob das Parkverbot in der Holthausstraße von 7:00 - 14:00 Uhr weiterhin aufrechterhalten werden müsse, da es im Zusammenhang mit dem Schulbetrieb der Gustav-Heinemann-Schule gestanden habe. Da der Schulbetrieb eingestellt worden sei, rege sie an, zu prüfen, ob das Parkverbot aufgehoben werden könne.

Die Verwaltung entgegnet, dass die Frage im Moment nicht beantwortet werden könne, aber geprüft werde.

Frau Lubitz weist darauf hin, dass sie die Verkehrssicherheit des Ibach-Steges nicht gewährleistet sehe.

Herr Schweinsberg antwortet, dass alle geeigneten Maßnahmen ergriffen worden seien. Bezüglich des Abbruchs stehe die Verwaltung in Verhandlung mit der Deutschen Bahn AG.

Sitzungsunterbrechung: 20:53 Uhr – 21:00 Uhr

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 27 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 17.04.2018	Schriftführerin gez. Liebscher	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	--------------------------------------	--